



Thorsten Frei: Energiepreise und Versorgungssicherheit dürfen nicht durch Ideologien belastet werden

Kernkraft besser fürs Klima als Kohle

Zur aktuellen Debatte über eine mögliche Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken erklärt der Bundestagsabgeordnete und Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei:

Berlin, 21.06.2022

Thorsten Frei MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:
Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

„Russland setzt Energie gezielt als Waffe gegen uns ein. Eine solche Gegenreaktion auf die notwendigen Sanktionen des Westens war zu erwarten, genau wie die steigenden Energiepreise und Versorgungslücken in vielen Bereichen.

Prioritäre Aufgabe der Regierung ist es nun, dafür zu sorgen, dass die Energiepreise nicht weiter steigen und die Inflation nicht weiter angefeuert wird. Ratschläge wie: im Winter dicke Sachen auch in der Wohnung tragen oder die Heizung ein paar Grad kälter drehen, kann keine probate Lösung für unser Industrieland sein. Vor allem reicht es nicht, dass der grüne Wirtschaftsminister Habeck unter Schmerzen philosophisch erklärt, was jetzt alles nicht geht. Das bringt uns keinen Schritt weiter.

Die Bundesregierung muss jetzt für den kommenden Winter vorsorgen und dafür einen ganz konkreten Plan vorlegen. In meinen Augen muss Teil dieses Plans sein, die drei noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke nicht am 31.12. vom Netz zu nehmen, nämlich dann, wenn der Bedarf am allergrößten ist.

Zu einer ideologiefreien Bestandsaufnahme würde auch eine Aufwandsprüfung für die Reaktivierung der drei zum Jahreswechsel stillgelegten Kraftwerke gehören, zumal die Kernkraft im Gegensatz zu Kohlekraftwerken keine Emissionen verursacht und somit keine Gefahr für die Klimaziele wäre.

Das Argument der fehlenden Brennstäbe und zu langer Vorbereitungszeiten ist absurd und scheint mir wie bei den Verzögerungen bei den Waffenlieferungen vorgeschoben. Dafür spricht auch der strikte Widerspruch des Branchenverbands Kernenergie, der eine Verlängerung explizit für machbar hält.

Für uns geht es nicht um den Ausstieg vom Ausstieg. Es geht lediglich um eine temporäre Verlängerung in der Krise, um die finanziellen Belastungen der Menschen zu reduzieren, die Energieversorgungssicherheit zu garantieren und die Klimaziele nicht aus dem Blick zu verlieren. Die Kernkraft könnte dazu einen kleinen, aber verlässlichen Beitrag leisten. Dass



eine solche Aussetzung möglich ist, zeigt uns nicht zuletzt das Beispiel Belgiens, wo angesichts des Angriffskriegs in der Ukraine und den daraus folgenden Engpässen eine Laufzeitverlängerung von 10 Jahren für bestehende Anlagen beschlossen wurde.“